

Den Ausführungen im Dokument zum Kooperationsabkommen in Bezug auf die Sozialwirtschaft vom 08.10.2001 kann man nur zustimmen.

Kapitel 1 spricht die allgemeinen Ziele an, wonach die Wirtschaft auch soziale, umweltpolitische und ethische Ziele einbeziehen muss, und mehr Wert auf soziale Ziele wie die Begleitung und die Eingliederung besonders gefährdeter Zielgruppen legen soll. Die 3 Säulen der Solidaritätswirtschaft, Sozialwirtschaft, sozial verantwortlicher Unternehmergeist und Nachbarschaftsdienste.

Es werden Basisprinzipien wie „Vorrang der Arbeit vor dem Kapital“, Autonomie in der Führung, Zielsetzung der Dienstleistung zu Gunsten der Allgemeinheit und nicht auf den Profit ausgerichtet, demokratische Entscheidungsprozesse, nachhaltige umweltfreundliche Entwicklung genannt. Alles wie man es sich nur wünschen kann!

Da muss man sich dann doch fragen, warum auf dem am Sonntag zu Ende gegangenen WHO- Gipfel die Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen beschlossen wurde? Wo doch bekannt ist, dass nach der Liberalisierung von Dienstleistungen der öffentlichen Hand in anderen Ländern, und auch bei uns, weder der Preis noch die Qualität der Dienstleistung besser geworden sind! Vor allem aber wird den Völkern in den am wenigsten entwickelten Ländern das Überleben noch schwerer gemacht.

Vielleicht hätten Sie doch nach Hongkong fliegen sollen, Herr Gentges?! Vor allem wenn man an den Beschluss im Bereich der Agrarsubventionen denkt, und an die unmittelbaren Folgen davon, nämlich Hunger, Armut und Wirtschaftsflucht von weiteren Millionen Menschen aus den südlichen Ländern.

Kapitel 2 nennt die vollwertige und dauerhafte Beschäftigung für Risikogruppen als ein stets zu erreichendes Ziel. Wobei besonderer Wert auf die dauerhafte Eingliederung der Minimex und Sozialhilfeempfänger zu legen sei.

Es ist zu begrüßen, wenn die Falle der Sozialhilfe bzw. des Minimaleinkommens wegfällt. Wenn also der arbeitswillige Sozialhilfe- oder Arbeitslosenhilfeempfänger nicht dann finanziell dafür bestraft wird, wenn er eine niedrig bezahlte Arbeitstelle antritt ...

Es ist auch gut, wenn das Prinzip der Einfachheit bei der Verwaltung angewendet werden soll. Hier ist dann genau der Punkt, bei dem VIVANT die Einführung eines generellen, bedingungslosen und individuellen Grundeinkommens an Stelle ALLER anderen Ersatzeinkommen vorschlägt. Wir schlagen diesbezüglich dem **Arbeitskreis für Sozialökonomie** eine breit angelegte Debatte zu diesem Thema und zu den Auswirkungen vor. Diese Auswirkungen betreffen zuerst den Menschen ganz allgemein, in seiner Würde als Mensch, sie betreffen den Arbeitsmarkt, die Bereitschaft gerade auch junger Menschen zur Selbständigkeit, im Abkommen wird diesbezüglich von „lohnabhängigen Unternehmern“ gesprochen. Ein generelles bedingungsloses Grundeinkommen hätte positive Auswirkungen auch auf die Binnenwirtschaft und die gesamte Verwaltung.

Natürlich, ich wiederhole es jetzt schon einige Male, hat die DG für eine solche Maßnahme keine direkte Kompetenz, aber die VIVANT- Fraktion geht davon aus, dass unsere Minister eine große Einflussmöglichkeit, auf Augenhöhe, in entsprechenden Gremien und bei verantwortlichen Mandatsträgern haben können– wenn Sie es dann wollen.

In Artikel 8 und 9 wird die Co- Finanzierung der Bemühungen im Bereich der Solidarwirtschaft angesprochen. Angesichts der in Belgien insgesamt weiter angestiegenen hohen Arbeitslosigkeit, begreift man ohne weiteres, dass sehr viel mehr Geld als der für das Haushaltsjahr 2004 vorgesehene runde Betrag von 13M € notwendig wären. Wenn also nicht mehr Geld eingesetzt wird, in einem so wesentlichen Bereich, dann muss man logischerweise davon ausgehen, dass für den Bereich der Solidarwirtschaft also keine größeren Summen locker gemacht werden können!

Da drängt sich doch dann unbedingt die Frage auf: Warum? Auch hierzu schlägt also die VIVANT- Fraktion dem Arbeitskreis für Sozialökonomie eine breite öffentliche Debatte vor, mit der Thematik, warum die öffentliche Hand immer weniger finanzielle Mittel für die Menschen direkt einsetzen kann, und warum im Gegenteil immer mehr öffentliche Gelder in die Abtragung von Zinsen und Krediten an die privaten Geschäftsbanken notwendig sind?

Die VIVANT- Fraktion ist der Überzeugung, dass zur Überwindung dieser schwierigen finanziellen Situation der öffentlichen Hand vorwiegend eine rückhaltlose Transparenz und Information der Öffentlichkeit notwendig sind.